

PRESSEMITTEILUNG

Informationen:

Pressestelle der Stadt Mainz

06131 - 12 2220 /-21 /-18

e-mail: pressestelle@stadt.mainz.de

oder

Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau

Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 06152/ 989-545

Sprecher der ZRM:

Thomas Will

Landrat des Kreises Groß-Gerau

Katrin Eder

Beigeordnete Stadt Mainz

Herbert Hunkel

Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg

Michael Antenbrink

Bürgermeister der Stadt

Flörsheim am Main

24.07.2018

Initiative „Zukunft Rhein-Main“

ZRM fordert Abschaffung des Rabatt-Systems der Fraport

KREIS GROSS-GERAU /LANDESHAUPTSTADT MAINZ / STADT NEU-ISENBURG / STADT FLÖRSHEIM AM MAIN - Dass die Anwohnerinnen und Anwohner am Frankfurter Flughafen aktuell extremen Fluglärm in der Nacht ertragen müssen, hängt auch mit dem sogenannten „Incentiveprogramm“ der Fraport zusammen. Billigflieger wie Ryanair, Condor, TUIfly und Co. sind maßgeblich für die zu beklagenden Verspätungen verantwortlich. Wie bekannt wurde, will die Fraport die derzeit geltende Entgeltordnung zum 1. Januar 2019 nicht anpassen - was bedeutet, dass auch das darin festgelegte Rabattsystem zur Neustationierung von Airlines am Frankfurter Flughafen weiterhin Gültigkeit behalten würde. Mit den bekannten unerfreulichen Folgen für die Anrainer.

Deutliche Kritik an diesen Plänen zur Entgeltordnung äußern die Sprecher der Initiative Zukunft Rhein-Main (ZRM) Thomas Will, Michael Antenbrink und Herbert Hunkel: „Wir lehnen die Fortführung dieses Anreizprogramms entschieden ab. Es darf kein ‚Weiter so‘ geben bei der künstlichen Schaffung von Flugverkehr in der ohnehin schon unerträglich verlärmten Rhein-Main-Region.“ Angesichts der ausufernden und nicht hinnehmbaren Missachtung des Nachtflugverbots sei es geradezu ignorant, an der bisherigen Praxis festhalten zu wollen.

Das Sprecherteam kann sich des Eindrucks nicht erwehren, „dass das Nachtflugverbot durch die Hintertür sukzessive ausgehebelt werden soll. Man nimmt billigend in Kauf, dass es am Ende des Tages nicht mehr für eine planmäßige Abwicklung der Flüge reicht und die Stunde von 22 bis 23 Uhr in der Folge regelmäßig überläuft.“ Durch das Ködern weiterer Airlines werde sich dieses Problem jedenfalls nicht entschärfen lassen.

Erst durch eine Anhebung der Lärmentgelte in der Mediationsnacht von jetzt 200 Prozent auf bis zu 550 Prozent nach Hamburger Vorbild und einer Abschaffung des Rabattprogramms könnten Anreize geschaffen werden, die im Interesse der fluglärmbelasteten Bevölkerung liegen. „Deshalb muss die Entgeltordnung zwingend geändert werden“, schließen die ZRM-Sprecher ihre Mitteilung.
